

„Die Freien Berufe sind wichtig für die Freiheit des Menschen in einer Gesellschaft.“



Interview mit Dr.-Ing. Otmar Schuster, Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Vorsitzender des Netzwerks ZENIT

Verband Freier Berufe NRW (VFB NW): Welche Verbesserungen erhoffen Sie sich für die Zeit nach der Europawahl 2014?

Dr.-Ing. Otmar Schuster: Das Parlament wird aufgewertet, weil Europa eine einheitliche parlamentarische Stimme bekommt. Bezüglich der Freien Berufe in Europa gibt es jene Politiker, die der reinen Form des Wettbewerbs anhängen und diejenigen, die Berufe gelten lassen wollen, wie sie historisch gewachsen sind. Es werden immer neue Wellen der Gleichmacherei über Europa hinweggehen. Letztlich steht die englisch-amerikanische Denkweise, die rein marktwirtschaftlich orientiert ist, in Konkurrenz zu der europäischen Haltung zu diesen Berufen, die sich über Jahrhunderte eigene Regeln und meistens auch eine höhere Bildungsvoraussetzung aufgebaut haben. Das bezieht sich nicht nur auf die Freien Berufe, sondern auch auf die Handwerksmeister.

Es muss also ein Kompromiss gefunden werden, der es allen ermöglicht, sich am Markt zu beteiligen. Für die Freien Berufe besteht die Verpflichtung, sich sowohl wissenschaftlich als auch ethisch an der Spitze zu halten und den Berufsregeln zu entsprechen. Mit Regulierungen, wie Berufsgerichtsbarkeit und Kostenordnungen, müssen die Freien Berufe entsprechend sinnvoll umgehen. Ich hoffe mir von Europa, dass die Freien Berufe bei den europäischen Wettbewerbshütern mehr Verständnis finden. Die Freien Berufe brauchen mehr Flexibilität. Sie müssen bereit sein, sich den technischen Veränderungen anzupassen und zu kooperieren. Seit zehn Jahren haben wir in NRW eine Ingenieurkammer, in deren Parlament ich sitze. Jedoch hat sich zu wenig geändert. Die Revolution auf dem technologischen Sektor erlaubt manche Arbeit per Knopfdruck und ist von jedem zu leisten, nicht mehr nur von den Freien Berufen.

VFB NW: Mit dem Netzwerk ZENIT, dessen Vorsitzender Sie sind, suchen Sie nach geeigneten Förderprogrammen. Welche Unterstützung benötigen gerade die Branchen der Freien Berufe?

Dr. Schuster: Man ist es dem europäischen Steuerzahler schuldig, dass das Geld richtig ausgegeben wird. Die Förderwege haben eine eigene Sprache entwickelt, in der sich viele nicht auskennen. Die Programme sind nicht direkt kompliziert, man muss sich nur richtig darauf einstellen und die Bedingungen erfüllen. Bei einer europäischen Förderung von beispielsweise 30 Prozent muss der Betrieb 70 Prozent selbst zur Verfügung stellen. Da liegen oft die Probleme. Man muss – wie in der Wirt-

schaft auch – das ganze Kaleidoskop von Finanzierung und eigenen Plänen in Abstimmung mit den Plänen des Staates und so weiter beherrschen. Diese Unterstützung geben wir mit ZENIT.

VFB NW: Sehen Sie gewisse Branchen der Freien Berufe wie Apotheken oder Anwaltskanzleien durch die Frage der Fremdkapitalbeteiligung bedroht?

Dr. Schuster: Ja, Fremdkapitalbeteiligung verändert den lokalen, dezentralen Wettbewerb. Es gibt aber auch Bedrohungen für jene, die im technischen Bereich tätig sind. Der lokale Dienstleister, der bisher die Nähe zum Kunden hatte, ist nicht mehr gefragt. Über das Internet oder die lokalen Vertreter großer industrieller Einrichtungen wird dem eigentlichen Freiberufler Konkurrenz gemacht. Hier brauchen wir vom Parlament sichere Berufsregulierungen.

VFB NW: Im Fokus der Europäischen Kommission stehen immer wieder die hierzulande geltenden Regelungen zur Kapitalbindung: Das Fremdkapitalverbot, mithin der Ausschluss einer Beteiligung von Dritten an dem Geschäftsbetrieb eines Freiberuflers unter (allein) kommerzieller Zielsetzung, besteht aus guten Gründen des Verbraucherschutzes. Wie stehen Sie zum Verbot der Fremdkapitalbeteiligung in Deutschland?

Dr. Schuster: Für die Freien Berufe ist das sehr wichtig. Es gibt internationale Aufgaben, die auch von internationalen Institutionen der Freien Berufe erledigt werden müssen. Doch dies ist eine offene Flanke für alle, die damit konkurrieren müssen. Das Positive an den Freien Berufen ist ihre Nähe

zum Kunden und gleichzeitig das ethische Fundament in ihren Berufsregeln. Diese müssen durch Kostenordnungen transparent werden und über Europa hinweg gelebt werden. Institutionen mit Fremdkapital sind schädlich für den Wettbewerb und für das Verhältnis zum Kunden. Wir haben dies bereits bei verschiedenen Berufen erlebt. Leider ist die EU-Kommission gegen Kostenordnungen bei Freiberuflern. Sie müssen vom lokalen Parlament abgesegnet sein, was eine sehr hohe Hürde für jede Kostenordnung darstellt.

VFB NW: Große Sorge bereiten den Freien Berufen die aktuellen Deregulierungsbestrebungen auf europäischer Ebene, die die Freiberufler empfindlich treffen würden. Was erwarten Sie von den freiberuflichen Spitzenorganisationen, damit das Gesamtsystem der Freiberuflichkeit nicht grundlos auf europäischer Ebene zur Disposition gestellt wird?

Dr. Schuster: Die Freien Berufe müssen sich im europäischen Maßstab zusammenschließen, um ihre Belange durchzusetzen. In Deutschland gibt es den Verband Freier Berufe, aber in Europa gibt es schon keine Kooperationen mehr. Die in Brüssel zusammengeschlossenen Freien Berufe sind teilweise in unserem Sinne keine Freien Berufe. Wir sind europäisch zu schwach. Die Deutschen müssen dem Bundesverband Freier Berufe die Möglichkeit geben, in Europa auftreten zu können. Die Führung für Europa sollte von Deutschland ausgehen,

wo wir die stärksten Freien Berufe haben. Statt vieler kleiner Berufsorganisationen brauchen wir eine starke europäische freiberufliche Vertretung, besonders in den Sozialinstitutionen, die sich mit sozialwirtschaftlichen Fragen befassen. Die Freien Berufe sind wichtig für die Freiheit des Menschen in einer Gesellschaft. Ich befürworte daher eine Vertretung der Freien Berufe in Brüssel.

VFB NW: In der politischen Diskussion wird immer wieder auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in Europa gedrungen. Wie stehen Sie zu diesem Thema?

Dr. Schuster: Subsidiarität ist eines der Dinge, die positiv sind für die Freien Berufe. Durch dieses Prinzip könnten die öffentlichen Ausgaben klein gehalten werden. Wenn der Staat alle Dienstleistungen selbst macht, fallen nicht nur die Kosten an, er muss auch für die Renten Sorge tragen. Wir haben in Deutschland einen starken öffentlichen Dienst mit starken Gewerkschaften, die darauf dringen, dass die Arbeiten beim Staat bleiben. Der NRW-Bauminister teilte mir kürzlich mit, dass offiziell mehr Aufträge an die Büros vergeben werden, aber gleichzeitig der eigene Bestand an Ingenieuren ausgebaut wird. Das widerspricht sich. Auf die Freien Berufe bezogen bedeutet Subsidiarität, dass der Dienstleister dem Kunden eine hochqualifizierte Dienstleistung anbietet, die vielleicht vorher vom Staat gemacht wurde.

VFB NW: Was würde mit den kleinen und mittleren Unternehmen passieren, wenn das Prinzip nicht eingehalten wird. Wäre das eine Gefahr für die Freien Berufe?

Dr. Schuster: Auch Freiberufler sind nicht davor gefeit, dass sie insolvent werden können. Sie können das an meinem Beruf ablesen: 1973 wurden in NRW 180.000 Wohnungen gebaut und 65.000 Häuser. Im Jahr 2012 wurden 33.900 Wohnungen gebaut und nur noch 19.500 Häuser. Gleichzeitig stieg die Zahl der freiberuflichen Existenzen von 200 auf 530. Wir haben viele Einzelkünstler, die keine größeren Aufträge mehr durchführen können. Die Freien Berufe muss man pflegen und ihre Aufgaben zeitgemäß definieren. Es bedarf einer klugen Staatsführung, diese ordnungspolitischen Fragen richtig zu lösen.

ZENIT: Die GmbH gehört dem Land, den Banken und dem Netzwerk zu jeweils einem Drittel. Das Netzwerk besteht aus 200 Firmen, die sich vorgenommen haben, die Arbeit von ZENIT zu unterstützen. 1984 ging es bei der Förderung um den Umbau des Ruhrgebiets zum Technologiestandort. Inzwischen geht es eher um Förder- und Kooperationsfragen. Der Verein ist zudem ein Beratungsinstrument für die Landesregierung und bestimmt auch die Richtung der Arbeit. Schwerpunkte sind Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Gegenüber früher sind die Freien Berufe nicht mehr ausgenommen. Man konzentriert sich zwar auf die produktionsnahen Dienstleistungen, aber zunehmend werden auch Rechtsanwälte oder andere technische Freie Berufe berücksichtigt. Zusätzlich bildet ZENIT jährlich bis zu 80 meist internationale Kooperationen.

Kontakt: ZENIT GmbH, Zentrum für Innovation und Technik in NRW, Bismarckstraße 28, 45470 Mülheim, Tel.: 0208-30004-0, Fax: 0208-30004-87, E-Mail: info@zenit.de; www.zenit.de

Impressum



Verband Freier Berufe

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4361799-0
Fax: 0211 4361799-19
info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion: André Busshuven,
Gitta Kleinberger, Monika Zacharias
Bildnachweis: GEOHAUS
Konzept und Gestaltung: InDeMa, Essen